

# Baurundblick

## Thema des Monats

### Bauindustrie warnt vor Verschärfung der Entsorgungsprobleme beim Deponie-notstand

(brb).- Der Bauindustrieverband Niedersachsen-Bremen übt weiterhin scharfe Kritik am Entwurf der Ersatzbaustoffverordnung, die Teil der sogenannten Mantelverordnung ist, die erneut den Bundesrat beschäftigen wird. Man befürchtet für den Fall des Inkrafttretens nicht nur eine Zunahme der Entsorgungsprobleme, sondern mittelfristig auch einen Deponieengpass sowie vor allem höhere Baukosten.

Nach Ansicht des Präsidenten des Verbandes, Thomas Echterhoff, ist die geplante Verordnung trotz 15-jähriger Diskussion schon vom Grundsatz her verfehlt. „Die mineralischen Bau-Abfälle machen 80 Prozent aller mineralischen Abfälle in Deutschland und auch in Niedersachsen aus. Dennoch orientiert sich die Ersatzbaustoffverordnung mit ihrem Konzept an den 20 Prozent mineralischen Abfällen aus industriellen Produktionsverfahren der Eisen- und Metallindustrie bzw. an Verbrennungsrückständen aus Kraftwerken. Dies kann nicht funktionieren“, so Echterhoff.

Nach Ansicht Echterhoffs wäre es notwendig, die Ersatzbaustoffverordnung primär auf praxistaugliche und gut vollziehbare Regelungen für die Entsorgung von mineralischen Bau-Abfällen auszurichten. Wenn dies nicht geschieht, wird sich die Deponiesituation in Niedersachsen wieder enorm verschärfen.



Fotoquelle: HenningScheffen

Mögliche Dokumentations- und Katasterpflichten, die bei der Verwertung von Stahlwerksschlacken, Kupferhüttenmaterial und Aschen aus Kohlekraftwerken ihre Berechtigung haben mögen, seien Gift für die Akzeptanz von Ersatzbaustoffen aus dem Baubereich. Zu erwarten sei daher ein Rückgang der bislang vorbildlich hohen Verwertungsquote und eine Zunahme der Deponierung. Nach Einschätzung Echterhoffs wäre neben bei einem weiteren Anstieg der ohnehin schon hohen Entsorgungskosten, die teilweise 20 Prozent der gesamten Baukosten zu erreichen, auch mit negativen Auswirkungen auf die dringend erforderliche Modernisierung der Infrastruktur zu rechnen.

### Eric Oehlmann ist neuer Präsident der NLStBV

(brb).- Niedersachsens Wirtschaftsstaatssekretär Dr. Berend Lindner hat in einer Feierstunde Eric Oehlmann in sein neues Amt als Präsidenten der Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr (NLStBV) eingeführt.

Seit 2005 war der studierte Rechtswissenschaftler Oehlmann im Niedersächsischen

Ministerium für Inneres und Sport zunächst als stellvertretender und späterer Leiter der Regierungsvertretung Hannover tätig. Im Anschluss übernahm er die Leitung der Landesvertretung Schleswig-Holsteins in Berlin. 2012 kehrte er als Leiter des Ministerbüros im Niedersächsischen Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung nach

Fortsetzung auf Seite 2

#### 1 Thema des Monats

Bauindustrie warnt vor Verschärfung der Entsorgungsprobleme beim Deponienotstand

Eric Oehlmann ist neuer Präsident der NLStBV

#### 2 Nachrichten und Kommentar

Eisenbahnoberbauer tagen in Frankfurt

Feuerlöscher, Motor und Katalysator

Eric Oehlmann ist neuer Präsident der NLStBV

#### 3 Forum Nord

Die Wirtschaft muss wieder zum Laufen gebracht werden

#### 4 Trends und Märkte

Man kann auch schnell bauen

BAUINDUSTRIE begrüßt Absolventen des Bauingenieurstudiums

Baugenehmigungen im Juli 2020: Leichter Rückgang bei Wohnungen

Impressum



## Nachrichten und Kommentar

### Eisenbahnoberbauer tagen in Frankfurt

(brb).- Anfang September fand in Frankfurt/Main der 20. Gedankenaustausch der Bundesfachabteilung Eisenbahnoberbau und der Fachabteilungen der Landesverbände der Bauindustrie statt.

Hauptthema war das Vertrags- und Nachtragsmanagement und hier insbesondere die Durchlaufzeiten im Nachtragswork-flow. Dabei wurden einhellig mögliche Optimierungspotenziale erkannt und kons-

truktive Vorschläge unter den Teilnehmern für eine schnellere Durchsetzung von Nachtragsforderungen diskutiert und aufgenommen. Herr Dirk Kretzschmar, Vorsitzender der Regionalen Fachabteilung Nord, sprach sich insbesondere für eine schnellere Abrechnung der Nachträge nach einer Optimierung der Prüfungsphase aus.

Abschließend wurde auf die verpflichtende Einführung der X-Rechnung hinge-

wiesen. Wenn Rechnungen ab dem 27.11.2020 bei der Deutschen Bahn nicht im X-Format eingereicht werden, kann der grundsätzlich bestehende Zahlungsanspruch wegen fehlerhafter Rechnungsstellung nicht durchgesetzt werden. Insofern ist es für die Unternehmen sehr wichtig, sich schnellstmöglich mit Ihren IT-Anbietern in Verbindung zu setzen und mögliche Lösungen zu besprechen.

### Feuerlöscher, Motor und Katalysator

(brb).- Akute Probleme bringen es mit sich, dass so manch unerledigte Aufgabe liegen bleibt. Denn jetzt müssen Prioritäten gesetzt werden, damit das große Ganze nicht gefährdet wird. Rund um das zentrale Thema des Jahres – mittlerweile C-Krise genannt, weil man „Corona“ längst nicht mehr hören und lesen mag – haben rührige Krisenmanager mit milliardenschweren Feuerlöschern dafür gesorgt, dass es nicht noch schlimmer kommt. Doch jetzt ist es an der Zeit, den Blick nach vorn zu schärfen. Die Krisenbewältigung ist zwar längst noch nicht

vorbei, doch ohne zukunftsweisende Strukturpolitik rückt das nächste Wachstum in weite Ferne.

Gefragt sind verlässliche Rahmenbedingungen, die den Investitionsmotor wieder auf Touren bringen. Denn der größte Feind der Investition ist die Unsicherheit.

Ideen und Ansätze sind ja vorhanden. So gibt es beispielsweise das Ziel der Bundesregierung, in der laufenden Legislaturperiode 1,5 Millionen neue Wohnheiten zu bauen. Aber davon sind wir viel

zu weit entfernt! Warum wird jetzt nicht der Spurt angezogen? Es fehlt an Mut zur Entscheidung und Verstetigung. Ob kommunaler Investitionsfonds, Sanierungsprogramme für Schulen und Verkehrsinfrastruktur, Forcierung des Breitbandausbaus, stärkere Förderung der energetischen Sanierung, Verlängerung des Baukindergelds, Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsprozesse ... Mit Instrumenten wie diesen kann die Bauwirtschaft zum gesamtwirtschaftlichen Katalysator werden.

Fortsetzung von Seite 2 Eric Oehlmann ist neuer Präsident der NLStBV

Hannover zurück. Dort war er bis zu seinem Wechsel in die NLStBV der Leiter des Referates für Luftverkehr.

Staatssekretär Dr. Berend Lindner sagte während seiner Rede zur Amtseinführung Oehlmanns: „Besonders freue ich mich, dass es nach nur kurzer Vakanz gelungen ist, die Position des NLStBV-Präsidenten neu zu besetzen. Eric Oehlmann verfügt über langjährige und profunde Führungserfahrung in unterschiedlichsten Verwaltungseinheiten. Mit dem Übergangsprozess der Autobahnen auf den Bund und mit Blick auf die Neuausrichtung unserer niedersächsischen Straßenbauverwaltung steht die NLStBV in den kommenden Jahren vor neuen Aufgaben und Herausforderungen. Eric Oehlmann hat bereits

mehrfach erfolgreich Change-Prozesse verantwortet, dabei immer teamorientiert agiert und Verhandlungsstärke bewiesen. Die NLStBV sehe ich unter der Führung des neuen Präsidenten bestens gerüstet, den noch sehr arbeitsintensiven Reformprozess erfolgreich zu meistern.“

„Es ist mein Ziel, die Verkehrsinfrastruktur in Niedersachsen optimal zu erhalten und auszubauen sowie die NLStBV auch in der Zukunft als den Garanten für Verkehrsinfrastruktur und Mobilität in Niedersachsen zu positionieren“, so Oehlmann bei seiner Amtseinführung. „Ich begreife die Umstrukturierung der Landesbehörde als Chance. Gerade die neuen Aufgaben wie die Schaffung der E-Ladeinfrastruktur erweitern das

traditionelle Spektrum um wichtige Zukunftsfragen.“



Fotoquelle: Privat



## Forum Nord

### Die Wirtschaft muss wieder zum Laufen gebracht werden

**(brb).- Im Gespräch mit Dr. Volker Müller, Hauptgeschäftsführer der Unternehmerverbände Niedersachsen e.V. (UVN)**

**Baurundblick:** Formulieren Sie die wesentlichen Forderungen der niedersächsischen Wirtschaft an die Politik in der heutigen Zeit.

**Dr. Volker Müller:** Unsere Unternehmen brauchen die richtigen und rechtssichere Rahmenbedingungen für ihre Wettbewerbsfähigkeit. Wir müssen global denken und Betrieben mehr Luft zum Atmen geben. Dazu gehört eine umfassende Unternehmensteuerreform, die Entschlackung der Genehmigungsverfahren, weniger Bürokratie, die Senkung der Stromsteuer und die vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags.

Zudem benötigen wir eine verantwortungsvollere Arbeits- und Sozialpolitik. Der Bundesarbeitsminister stellt beim Mindestlohn öffentlich die Tarifautonomie und damit die Sozialpartnerschaft infrage. Die Grundrente ist hochbürokratisch und extrem teuer. Und auch die Selbstverwaltung der Krankenkassen wird mit Mehrkosten in Milliardenhöhe konfrontiert. Die Konsequenzen dieser Entscheidungen dürfen unsere nachfolgenden Generationen ausbaden. Das geht nicht!

**Baurundblick:** Welche Lehren kann die Wirtschaft für die Zukunft aus der Corona-Krise ziehen?

**Dr. Volker Müller:** Die Pandemie hat uns eiskalt erwischt. Nicht nur, dass das internationale Geschäft komplett zusammengebrochen ist, auch der europäische und deutsche Markt, ganze Wertschöpfungsketten sowie komplette Geschäftsprozesse wurden durch den Lockdown lahmgelegt. Zum Glück haben Land und Bund sehr schnell reagiert, Kurzarbeit ermöglicht und Liquidität bereitgestellt. Die tatsächlichen wirtschaftlichen Auswirkungen werden wir aber erst in den nächsten Monaten zu spüren bekommen.

Insgesamt ist deutlich geworden, dass Unternehmen wie Politik nur mit Hilfe

gesunder Finanzen, Strukturen und Prozesse das Schlimmste abfedern konnten. Damit wir künftig besser aufgestellt sind, müssen vor allem politische Rahmenbedingungen verbessert, Wertschöpfungsketten überprüft, pandemiebedingte Hygiene- und Sicherheitsstandards angepasst und die Digitalisierung befördert werden. Bei all dem dürfen die durch die Pandemie sowieso schon geschwächten Unternehmen nicht überfordert werden.



Fotoquelle: Nigel Treblin

**Baurundblick:** Der Niedersächsische Landtag hat Mitte Juli 2020 einen Nachtragshaushalt verabschiedet, der eine Rekord-Neuverschuldung von insgesamt 8,8 Mrd. Euro vorsieht, um die Folgen der Corona-Krise aufzufangen. Welche Mechanismen sind aus Sicht der niedersächsischen Wirtschaft erforderlich, um sicherzustellen, dass die gewünschten Effekte auch tatsächlich eintreten?

**Dr. Volker Müller:** Das A & O wird sein, die Wirtschaft zum Laufen und zum Wach-

sen zu bringen. So machen Unternehmen Gewinne, halten Arbeitsplätze und zahlen Steuern. So steigen die Steuereinnahmen des Landes und sinken die Sozialausgaben wieder. Deshalb kann ich mich nur wiederholen: Unsere Unternehmen brauchen bereits genannte wettbewerbsfähige und rechtssichere Rahmenbedingungen.

Anspruchsvolle Ziele wie der GreenDeal und die Digitalisierung von Wirtschaft, Verwaltung und Bildung müssen durch gezielte Konjunkturprogramme begleitet werden. Nur so können wir uns weiterentwickeln und gleichzeitig die Corona-Milliarden tilgen.

**Baurundblick:** Der Bauindustrieverband Niedersachsen-Bremen hat sich kritisch zu den Forderungen des Niedersächsischen Städtetages geäußert, die im Zuge der Corona-Krise vorgenommenen Änderungen der Wertgrenzen-Verordnung für die Vergabe öffentlicher Bauaufträge auf drei Jahre zu verlängern. Wie sehen die Unternehmerverbände Niedersachsen diesen Vorstoß des kommunalen Spitzenverbandes?

**Dr. Volker Müller:** Wir wissen, dass sich die Bauwirtschaft zu Recht dagegen ausspricht. Die Wertgrenzenverordnung muss eine Verordnung bleiben, mit der Ausnahmesachverhalte geregelt werden. Ende März erforderte die Pandemie vorübergehende Änderungen, um die Vergabeverfahren für öffentliche Aufträge zu erleichtern und zu beschleunigen, aber auch um Vergabestellen in die Lage zu versetzen, besonders dringliche Leistungen so schnell wie möglich zu beschaffen. Die Forderung der kommunalen Spitzenverbänden nach einer mehrjährigen allgemeinen Verlängerung der erhöhten Wertgrenzen ist aber nicht zielführend.

Die Grundsätze des Vergaberechts dürfen nicht unter dem Deckmantel der Entbürokratisierung aufgegeben werden. Die Regelungen zur Vergabe auf Bundes- und Landesebene stellen einen fairen Wettbewerb sicher, verhindern die Gefahr der Korruption und ermöglichen insgesamt wirtschaftliche Auftragsvergaben.



## Trends und Märkte

### Man kann auch schnell bauen

(brb).- Die Wirtschaft in Niedersachsen fordert einen zügigen Ausbau von Autobahnen und Bundesstraßen in Niedersachsen. Nach Ansicht der Industrie- und Handelskammer Niedersachsen (IHKN) könnten verkürzte Planungen, eingeschränkte Klagerechte und eine digitale Bearbeitung viele Projekte beschleunigen. „Die Turbobaustelle auf der A2 hat gezeigt, dass man auch schnell bauen kann“, sagte IHKN-Hauptgeschäftsführer Hendrik Schmitt.

Auf der A2 war im Mai dieses Jahres die Fahrbahndecke eines 3,7 Kilometer langen Teilstücks in Hannover an einem verkehrsarmen Feiertagswochenende in nur 88 Stunden erneuert worden. Unter konventionellen Bedingungen hätten diese Arbeiten bis zu sechs Wochen gedauert. Auch ein Beispiel aus Nordrhein-Westfalen zeigt laut Schmitt, dass Baustellen effizienter gestaltet werden können. Dort sei auf der A1 eine Brücke in nur 19 statt in

180 Tagen neu gebaut worden. Ein „Planen und Bauen über Generationen“ dürfe es nicht mehr geben. Hintergrund für den Appell der Landesarbeitsgemeinschaft der sieben IHKS in Niedersachsen ist die Neuorganisation des Autobahnbaus in Deutschland ab 2021. Dann übernimmt der Bund die Autobahnen.

Die neu gegründete Autobahn GmbH des Bundes ist ab 1. Januar auch in Niedersachsen für Planung, Bau und Betrieb verantwortlich. Rund 900 Mitarbeiter der niedersächsischen Straßenbaubehörde wechseln die Seiten. Dadurch dürfe es nicht zu Verzögerungen kommen, warnte Schmitt. „Vordringliche Projekte wie die A20 und die A39 dürfen in der Umsetzung nicht zurückgeworfen werden.“

Die IHKN begrüßte die Pläne von Bund und Land, die Planungsverfahren zu beschleunigen. Dadurch könnten auch Klagemöglichkeiten und der Instanzenweg

verkürzt werden. Zudem habe sich das digitale Planverfahren im Zuge der Corona-Pandemie bewährt, sagte der Verkehrsexperte der IHKN, Felix Jahn. „Wir wünschen uns, dass es über den März 2021 fortgesetzt wird.“

Die IHKN kritisierte, dass es derzeit Verzögerungen bei vielen wichtigen Straßenprojekten in Niedersachsen gebe. „Von den 66 Bundesstraßenprojekten, die sich im vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans befinden, werden 45 wohl erst nach 2030 fertig“, sagte Jahn. Für die Umsetzung fehlten teilweise Personal und Geld.

Die IHKN verweist auf eine Statistik der Verkehrsmanagementzentrale Niedersachsen, die 2019 in Niedersachsen 3408 Staus mit einer Gesamtlänge von rund 16000 Kilometern gezählt hat. Das reiche bis nach Australien, sagte Schmitt.

### BAUINDUSTRIE begrüßt Absolventen des Bauingenieurstudiums

(brb).- 10.550 Absolventen erwarben 2019 einen Hochschulabschluss im Bereich Bauingenieurwesen, mehr als doppelt so viele wie zum Tiefpunkt 2008

Damit konnten in diesem Jahr 10.550 Bauingenieure zusätzlich dem Bauarbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Das sind 5.870 mehr als zum Tiefpunkt 2008. Angesichts der nach wie vor hohen Zahl an offenen Stellen – nicht nur bei Bau-

unternehmen, sondern auch in den öffentlichen Verwaltungen – sei so die Bauindustrie dies eine sehr gute Entwicklung. Die Anzahl der Absolventen sei 2019 – auf einem hohen Niveau – gegenüber dem Vorjahr um 0,6 Prozent auf 10.546 gestiegen. Die Hälfte der Absolventen hat allerdings einen Bachelorabschluss, von denen einige noch einen Master anstreben. Somit stehen nicht alle unmittelbar dem Arbeitsmarkt zur Verfügung.

Die Zahl der Absolventen hat sich seit dem Tiefpunkt 2008 mehr als verdoppelt, wozu insbesondere die Frauen beigetragen hätten. 2008 war nur jeder fünfte Absolvent eine Frau, mittlerweile ist es fast jeder Dritte. Damit ist die Bauwirtschaft für Frauen deutlich attraktiver als zum Beispiel der Maschinenbau mit einem Anteil von lediglich 20 Prozent.

### Baugenehmigungen im Juli 2020: Leichter Rückgang bei Wohnungen

(brb).- Im Juli wurden in Deutschland 31.230 Baugenehmigungen von Wohnungen (Neu- und Umbau) in Wohn- u. Nichtwohngebäuden erteilt, das sind

1,8 Prozent weniger als im Juli 2019. Die alleinige Betrachtung der Monatergebnisse kann dabei Schwankungen unterliegen. Für den gesamten Zeitraum

von Jan.-Juli sind die Genehmigungen um +5,6 Prozent auf 207.460 gestiegen.



#### Impressum

oeding print GmbH  
Erzberg 45  
38126 Braunschweig

Telefon 0531 48015-0  
Telefax 0531 48015-79

Verantwortlich:  
Jan Hetebrügge

Nachdruck, auch auszugsweise  
gestattet. Quellenangabe und  
Belegexemplare erbeten.